

## „Nur die Besten gehören ins bildungspolitische Amt“

VBE, GÖD und LCH zum Weltlehrrtag 2012

Der VBE nahm gemeinsam mit seinen Partnerorganisationen in Österreich und der Schweiz den diesjährigen Weltlehrrtag am 5. Oktober unter dem Motto „Unterstützung für unsere Lehrenden“ zum Anlass, mehr Professionalität in der Bildungspolitik zu fordern. Die österreichische Pflichtschullehrergewerkschaft GÖD, der Dachverband der Schweizer Lehrerinnen und Lehrer LCH und der Verband Bildung und Erziehung VBE betonten in ihrer gemeinsamen Erklärung: „Wir Lehrerinnen und Lehrer legen höchsten Wert auf Professionalität, um den steigenden Anforderungen und der großen Verantwortung in unserem Beruf gerecht zu werden. Diesen Maßstab legen wir ohne Abstriche auch an die Politik an. Faule Kompromisse, billiger Populismus, Sparen am falschen Ort und pädagogische Kurzsichtigkeit führen zu Qualitätsverlusten in den Bildungssystemen unserer Länder. Das können wir uns angesichts der hohen Bedeutung der Bildung für den Wohlstand und die Zukunft unserer Länder nicht leisten.“

VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann kritisierte, es gebe einen zunehmenden Mangel an sehr guten Bildungspolitikerinnen und -politikern, die tragfähige Visionen hätten, die bereit seien, für diese die Finanzminister in ihre Schranken zu weisen, und kurzsichtige Abbaumaßnahmen im Bildungswesen entschieden bekämpfen würden. „Wir wollen Politikerinnen und Politiker“, machte Udo Beckmann klar, „denen wir Anerkennung und Wertschätzung zollen können und die uns bei der Erfüllung unserer anspruchsvollen Aufgabe als Fachleute für das Lehren und Lernen tatkräftig unterstützen. Die wichtigste Unterstützung ist eine weitsichtige und nachhaltige Bildungspolitik. In Deutschland zeigt sich immer mehr, dass viele Versprechungen offenbar nur Versprecher waren.“ Der VBE-Bundesvorsitzende erinnerte „an die für 2015 zugesagten jährlichen 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung und Forschung oder an die Zusage der Länder, die Mittel bei Rückgang der Schülerzahlen im System zu lassen. Auch das Projekt von der Bildungsrepublik ist zu einer Worthülse verkommen. Von uns Lehrern wird dann erwartet, dass wir die Folgen kurzsichtiger Bildungspolitik ausgleichen.“ Da passe es ins Bild, dass die Kultusminister am Weltlehrrtag wieder nur eine Leistungsfeststellung präsentierten, in diesem Fall für die Grundschulen. Nachhaltige Bildungspolitik sehe anders aus.

### Generationenwechsel im Lehrerberuf gerecht gestalten

Auf dem Gewerkschaftstag des Sächsischen Lehrerverbandes SLV im VBE, der vom 10. bis 12. Oktober in Leipzig stattfand, überbrachte Rolf Busch, erster stellvertretender VBE-Bundesvorsitzender, die Grüße des Bundesverbandes und nahm Stellung im Podiumsgespräch im Rahmen der öffentlichen berufspolitischen Veranstaltung. Unter dem Motto „Generationenwechsel gerecht gestalten!“ wurde insbesondere diskutiert, wie bei den in Sachsen steigenden Schülerzahlen und einer hohen Zahl altersbedingt ausscheidender Lehrerinnen und Lehrer die Qualität der sächsischen Schulen erhalten und bessere Arbeitsbedingungen der Kolleginnen und Kollegen erreicht werden können. Die Diskussion mit dem sächsischen Finanzminister Professor Georg Unland entzündete sich insbesondere an dem

#### Sächsischer Lehrerverband im VBE



Im Podium der berufspolitischen Veranstaltung diskutierten Rolf Busch, erster stellvertretender VBE-Bundesvorsitzender, Wolfgang Renner, stellvertretender SLV-Vorsitzender, Professor Georg Unland, sächsischer Finanzminister, (u.l.n.r. im Bild) sowie Cornelia Falken, bildungspolitische Sprecherin der sächsischen LINKEN, und Thomas Colditz, ehemaliger bildungspolitischer Sprecher der CDU Sachsen.

Haushaltsansatz, die Schüler-Lehrer-Relation den westdeutschen Flächenländern nach oben anzugleichen. Die 150 Delegierten des SLV-Gewerkschaftstages forderten in einer EntschlieÙung, „die Festschreibung der Lehrerstellenzahl auf hohem Niveau, attraktive Bedingungen für ältere Lehrkräfte und Berufseinsteiger, zusätzliche Neueinstellungen durch Altersteilzeitregelungen sowie die bedarfsgerechte Erhöhung der Kapazitäten der Lehrerausbildung“. Der SLV dringt auf Verhandlungen über einen Demografie-Tarifvertrag und fordert die Tarifgemeinschaft deutscher Länder auf, endlich einen Tarifvertrag zur Entgeltordnung Lehrkräfte abzuschließen. Bereits im September hatten die sächsischen Kolleginnen und Kollegen für Altersteilzeit gestreikt und auf der bislang größten Kundgebung vor dem Landtag in Dresden forderten 15.000 Lehrkräfte attraktivere Arbeitsbedingungen, insbesondere eine gerechtere Eingruppierung.

## Gespräch zur Qualitätsoffensive Lehrerbildung

Seit einem halben Jahr steht zumindest fest, dass Bund und Länder den Lehramtsstudiengängen zu mehr Qualität verhelfen wollen. Bundesbildungsministerin Professorin Annette Schavan hat für eine solche Offensive 500 Millionen Euro in Aussicht gestellt. Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern sprach sich dafür aus, die Mittel über ein Jahrzehnt für innovative Entwicklungen in der Lehrerbildung einzusetzen. Der VBE befürwortet die angedachte Offensive, um den Stellenwert der Lehrerbildung an den Universitäten aufzuwerten. Das hatte VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann gegenüber der Ministerin deutlich gemacht und zugleich angeboten, sich in die konkrete Ausgestaltung einzubringen. Mitte Oktober führten dazu Udo Beckmann und Klaus Wenzel, stellvertretender VBE-Bundesvorsitzender für Schul- und Bildungspolitik, mit der zuständigen Fachabteilung des Bundesbildungsministeriums ein konstruktives Gespräch. Im Mittelpunkt stand die inhaltliche Ausgestaltung einer Qualitätsoffensive für die Lehrerbildung.

Für den VBE steht fest, dass Exzellenzforschung und exzellente Lehre, die sich auf das Berufsfeld der Lehrerinnen und Lehrer konzentrieren, um die Lehramtsstudiengänge keinen Bogen machen dürfen. Die unterschiedliche Umsetzung der Bologna-Reform in den Ländern führte zu einem qualitativen Auseinanderdriften der Lehrerausbildung. Die Stringenz der Studiengänge zur gezielten Aneignung der Profession eines Lehrers muss mehr ins Blickfeld der Universitäten rücken.

## Kinderförderungsgesetz ohne Abstriche umsetzen



„Bund und Länder müssen endlich gemeinsam eine fristgerechte und qualitative Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz für unter Dreijährige anpacken.“ Das unterstrich die Vorsitzende der VBE-Bundesfrauenvertretung Jutta Endrusch aus Anlass der jüngsten Querelen um die Auszahlung zusätzlicher Bundesmittel in Höhe von 580 Millionen Euro an die Länder. „Der beschlossene Rechtsanspruch ist ein wichtiger Impuls für eine familienfreundlichere Politik in Deutschland und ebenso ein richtiger Schritt hin zu mehr Bildungsgerechtigkeit“, betonte Jutta Endrusch. Doch ein Blick auf die konkreten Betreuungssituationen insbesondere in den westdeutschen Ländern mache deutlich, dass es mit Schönreden nicht getan sei.

Laut der jüngsten Studie des Münchner Deutschen Jugendinstituts liegt der Mangel an Kita-Plätzen zwischen 21,8 Prozent in Bremen und 10,8 Prozent in Bayern.

[www.vbe.de/der-vbe/frauen-im-vbe/aktuelles.html](http://www.vbe.de/der-vbe/frauen-im-vbe/aktuelles.html)

## Lehrermobilität endlich durchsetzen

„Von beruflicher Mobilität im Lehrerberuf kann in Deutschland nach wie vor nicht im Entferntesten die Rede sein. Es scheint jetzt so, als ob die Kultusminister endlich ausgeschlafen haben“, äußerte sich VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann zur Erklärung von KMK-Präsident Ties Rabe auf der KMK-Sitzung am 18./19. Oktober in Hamburg. „Die Länder müssen ohne Wenn und Aber die Lehramtsabschlüsse gegenseitig anerkennen“, forderte Udo Beckmann. „Die Länder haben den Umbau der Lehrerbildung in Bachelor- und Masterstudiengänge gewollt. Bis heute haben sie es nicht geschafft, dass alle Lehrämter mit einem vollwertigen Master abschließen. Dies erleichtert nicht, sondern erschwert die Mobilität zwischen den Ländern.“ Für den VBE sei unabdingbar, jedem Lehramtsstudierenden eine Perspektive im gewünschten Beruf zu ermöglichen. Dies könne auch in einem anderen Bundesland sein. „Die Situation für Lehrer in Deutschland ist geradezu grotesk“, erinnerte er. „Ein Wechsel zwischen Bundesländern gestaltet sich inzwischen oft schwieriger als der Wechsel eines Lehrers aus der EU nach Deutschland. Die Kultusminister untergraben weiterhin ihre eigenen Beschlüsse über die angeblich bundesweit geltenden Standards für die Lehrerausbildung.“

Die KMK hat auf ihrer Sitzung erklärt, bis Ende 2014 die gegenseitige Anerkennung der Lehramtsabschlüsse in jeweiliges Landesrecht umzusetzen. Sie wolle „die berufliche Mobilität von angehenden Lehrerinnen und Lehrern weiter vereinfachen“, heißt es in der KMK-Mitteilung. Im Frühjahr 2013 sollen demnach gemeinsame Umsetzungsrichtlinien vorliegen, nach denen die Anerkennung verbindlich im jeweiligen Landesrecht umgesetzt werden soll.

VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann stellte im WDR-Fernsehen am 19. Oktober zu den von der KMK beschlossenen Standards für die allgemeine Hochschulreife fest, es sei ein richtiger und notwendiger Schritt zu mehr Vergleichbarkeit, doch müssten die Länder dann auch die Lernbedingungen angleichen.



VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 23/24  
10117 Berlin  
T. + 49 30 - 726 19 66 0  
presse@vbe.de  
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE